



Geschäftsführung Hauptausschuss

Frau Piszczan

Telefon: (0221) 221 26014

Fax: (0221) 221 26570

E-Mail: giulia.piszczan@stadt-koeln.de

Datum: 05.11.2022

Niederschrift

über die **15. Sitzung des Hauptausschusses** in der Wahlperiode 2020/2025 am Montag, dem 17.10.2022, 16:35 Uhr bis 18:10 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Ratssaal

Anwesend waren:

Vorsitzende

Frau Oberbürgermeisterin Henriette Reker

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Christiane Martin	GRÜNE
Herr Bernd Petelkau	CDU
Herr Lino Hammer	GRÜNE
Frau Ulrike Kessing	GRÜNE
Herr Manfred Richter	GRÜNE
Herr Mike Homann	SPD
Herr Christian Joisten	SPD
Herr Niklas Kienitz	CDU
Herr Heiner Kockerbeck	DIE LINKE
Herr Ralph Sterck	FDP
Frau Jennifer Glashagen	Volt
Herr Michael Hock	Die FRAKTION

Stellvertretende stimmberechtigte Mitglieder

Frau Polina Frebel	SPD	Vertreterin von Frau Steinmann
Frau Ira Sommer	CDU	Vertreterin von Frau Gärtner

Beratende Mitglieder

Herr Christer Cremer	AfD
Frau Nicolin Gabrysch	KLIMA FREUNDE
Herr Thor-Geir Zimmermann	GUT Köln

Verwaltung

Frau Stadtdirektorin Andrea Blome
Frau Stadtkämmerin Prof. Dr. Dörte Diemert
Herr Beigeordneter Ascan Egerer
Herr Beigeordneter Robert Voigtsberger
Herr Beigeordneter Dr. Harald Rau
Herr Beigeordneter Markus Greitemann
Herr Beigeordneter Stefan Charles
Herr Beigeordneter William Wolfgramm
Herr Beigeordneter Andree Haack
Frau Alessandra Caroli
Frau Petra Engel
Herr Alexander Vogel

GPR

Herr Jörg Dicken

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Lisa Steinmann	SPD	Vertreten durch Frau Frebel
Frau Ursula Gärtner	CDU	Vertreten durch Frau Sommer

Frau Oberbürgermeisterin Reker eröffnet die 15. Sitzung des Hauptausschusses und begrüßt die Anwesenden.

I. Es gibt folgende Zusetzungen:

Öffentlicher Teil

- 2.1.5 Autonomes Zentrum - Sachstandsbericht über den Dialog zur Alternativstandortfrage
3054/2022
- 2.1.6 Liste der Großbauprojekte
3165/2022

Nichtöffentlicher Teil

- 11.1 Anmietung Delmenhorster Str.
2938/2022

12.2 Personalangelegenheit
3383/2022

Der Hauptausschuss stimmt der nachfolgenden Tagesordnung zu.

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

1 Anträge auf Durchführung einer aktuellen Stunde

2 Mitteilungen

2.1 Mitteilungen der Oberbürgermeisterin

2.1.1 Bericht der Verwaltung zur aktuellen Entwicklung in der Pandemiesituation

2.1.2 Bericht der Verwaltung zur aktuellen Entwicklung der Unterbringung der Geflüchteten aus der Ukraine

2.1.3 Beantwortung einer mündlichen Nachfrage zu TOP 2.2 der Sitzung des Digitalisierungsausschusses vom 16.05.2022
3048/2022

2.1.4 Akteneinsichten gemäß § 55 Gemeindeordnung NRW
3103/2022

2.1.5 Autonomes Zentrum - Sachstandsbericht über den Dialog zur Alternativstandortfrage
3054/2022

2.1.6 Liste der Großbauprojekte
3165/2022

2.2 Mitteilungen zu gleichstellungsrelevanten Themen

3 Anfragen (§ 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen)

4 Anträge (§ 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen)

5 Dringlichkeitsentscheidungen

- 5.1 Fortführung der Trägerschaft für das Kompetenzzentrum Frau und Beruf Region Köln in der Zeit vom 01.11.2022 bis zum 30.11.2023
2925/2022

6 Allgemeine Vorlagen

- 6.1 Ergänzung der Niederschrift zur Sitzung des Hauptausschusses am 15.11.2021
3132/2022

7 Mündliche Anfragen

II. Nichtöffentlicher Teil

8 Mitteilungen

- 8.1 Mitteilungen der Oberbürgermeisterin
- 8.2 Mitteilungen zu gleichstellungsrelevanten Themen

9 Anfragen (§ 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen)

10 Anträge (§ 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen)

11 Dringlichkeitsentscheidungen

- 11.1 Anmietung Delmenhorster Str.
2938/2022

12 Personalangelegenheiten

- 12.1 Personalangelegenheit
3064/2022
- 12.2 Personalangelegenheit
3383/2022

13 Allgemeine Vorlagen

14 Mündliche Anfragen

I. Öffentlicher Teil

1 Anträge auf Durchführung einer aktuellen Stunde

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nichts vor.

2 Mitteilungen

2.1 Mitteilungen der Oberbürgermeisterin

2.1.1 Bericht der Verwaltung zur aktuellen Entwicklung in der Pandemiesituation

Frau Stadtdirektorin Blome berichtet über die aktuellen Entwicklungen in der Pandemiesituation. Der Inzidenzwert liege derzeit bei 474,8. Damit liege Köln deutlich unter dem Durchschnittswert des Landes NRW (559,8) und des Bundes (680,9). Die Impfquote in Köln sei sowohl in Bezug auf die Grundimmunisierung als auch Boosterimpfung höher als der Landes- und Bundesdurchschnitt. Köln sei somit gut auf ein steigendes Infektionsgeschehen vorbereitet.

Auf Nachfrage von Herrn Zimmermann informiert Frau Stadtdirektorin Blome über Maßnahmen zur Steigerung der Impfquote.

Herr Richter fragt nach einem Corona-bedingt erhöhten Krankenstand bei der Stadtverwaltung.

Frau Stadtdirektorin Blome teilt mit, dass der Krankenstand nicht auffällig hoch sei. Man beobachte die Zahlen jedoch aufmerksam, insbesondere bei der Berufsfeuerwehr und den Krankenhäusern.

Auf Nachfrage von Herrn Kockerbeck informiert Frau Stadtdirektorin Blome über das Infektionsgeschehen in Kindertagesstätten und Schulen, das nicht auffällig sei.

2.1.2 Bericht der Verwaltung zur aktuellen Entwicklung der Unterbringung der Geflüchteten aus der Ukraine

Bericht über die aktuellen Entwicklungen der Unterbringung der Geflüchteten aus der Ukraine

Frau Stadtdirektorin Blome stellt die aktuelle Entwicklung der Unterbringung der Geflüchteten aus der Ukraine dar.

Trotz der Unsicherheit der Prognosegrundlagen werde mit einem größer werdenden Bedarf für die Unterbringung von aus der Ukraine geflüchteten Personen gerechnet. Die Verwaltung verfolge weiterhin das Ziel, die Unterbringung in Beherbergungsbetrieben deutlich zu reduzieren und den Bedarfsdeckungsgrad durch zusätzliche Plätze in bestehenden Gebäuden zu erhöhen.

Auf Nachfrage von Herrn Zimmermann informiert Frau Oberbürgermeisterin Reker, dass das Auswärtige Amt derzeit von einer Reise in die ukrainische Projektpartnerstadt Dnipro abrate. Diese Lage vor Ort werde aktuell als zu gefährlich eingestuft. Frau Oberbürgermeisterin Reker sagt eine Mitteilung zum weiteren Vorgehen zur Unterstützung der Stadt Dnipro zu.

Bericht zur Energiesicherheit

Im Anschluss berichtet Frau Stadtdirektorin Blome über das Thema Energiesicherheit. Der Anspruch an einen Krisenstab in einer solchen unübersichtlichen und komplexen Lage sei, auch zum jetzigen Zeitpunkt unwahrscheinliche Szenarien zu betrachten und so beispielsweise mögliche Schwachstellen bei der Aufrechterhaltung der kritischen Infrastruktur zu identifizieren und zu beheben. Dies bedeutet jedoch nicht, dass die Stadt Köln Anhaltspunkte für die Wahrscheinlichkeit eines langanhaltenden Stromausfalles hätte. Man richte sich primär nach dem Sensibilisierungserlass des Landes NRW und betrachte insbesondere Bereiche der kritischen Infrastruktur.

Herr Joisten fragt nach dem weiteren Vorgehen zu Unterstützungsmöglichkeiten der von den steigenden Energiekosten besonders betroffenen Strukturen, wie zum Beispiel Sportvereinen.

Die Nachfrage wird schriftlich beantwortet.

2.1.3 Beantwortung einer mündlichen Nachfrage zu TOP 2.2 der Sitzung des Digitalisierungsausschusses vom 16.05.2022 3048/2022

Frau Glashagen fragt, warum nicht andere Bundesländer betrachtet worden seien. Es werde nicht deutlich, wo das Problem liege.

Der Hauptausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

Antwort der Verwaltung zu TOP 2.1.3 zur Niederschrift:

Die rechtlichen Rahmenbedingungen für digitale und hybride Sitzungen der kommunalen Gremien werden vom Land festgelegt. Das Land NRW hat im [Modellprojekt](#) die Erfahrungen der übrigen Bundesländer berücksichtigt und auf dieser Grundlage in der Gemeindeordnung bzw. der Digitalsitzungsverordnung Vorgaben formuliert.

2.1.4 Akteneinsichten gemäß § 55 Gemeindeordnung NRW 3103/2022

Der Hauptausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

2.1.5 Autonomes Zentrum - Sachstandsbericht über den Dialog zur Alternativstandortfrage 3054/2022

Auf Nachfrage von Herr Joisten teilt Herr Beigeordneter Wolfgramm mit, dass die Bezirksvertretung Kalk im weiteren Verfahren selbstverständlich eingebunden werde.

Der Standort in Kalk umfasse derzeit verschiedene Nutzungsarten, unter anderem Gewerbetriebe und einen Sportverein. Man arbeite bereits gemeinsam mit der Köln-Business Wirtschaftsförderung und dem Kulturraummanagement an der Sicherstellung und Unterstützung zu Alternativangeboten für die aktuellen Nutzer*innen.

Auf Nachfrage von Herrn Sterck erläutert Herr Beigeordneter Wolfgramm, dass er die derzeitigen Verhandlungen mit dem Autonomen Zentrum als konstruktiv einschätze.

Herr Kockerbeck fragt, wann die Arbeiten am Standort Kalk beginnen sollen und für wann der Umzug des Autonomen Zentrums geplant sei.

Herr Beigeordneter Wolfgramm teilt mit, zurzeit gebe es noch keinen genauen Zeitplan. Der Umzug solle jedoch in der zweiten Jahreshälfte 2023 realisiert werden.

Auf Nachfrage von Frau Sommer informiert Herr Beigeordneter Wolfgramm, dass die Verlängerung der Nutzungsvereinbarung zwischen dem Autonomen Zentrum und der Stadtverwaltung geschlossen und notariell beglaubigt werde.

Herr Cremer bittet um Beantwortung seiner schriftlich nachgereichten Fragen:

- 1. Wie soll sichergestellt werden, dass die Gewerbetreibenden, die aktuell den Standort Kalk belegen, adäquaten Ersatz bekommen? Dies umfasst ausdrücklich auch die Frage des Mietzinses.*
- 2. Gibt es weitere Standorte, die die Stadt Köln aktuell in der Auswahl für einen neuen Standort des Autonomen Zentrum hat? Wenn ja, welche Standorte sind das?*
- 3. Welche Vorgaben hat die Verwaltung dem Autonomen Zentrum mit Blick auf die Nutzung des Autonomen Zentrums durch linksextreme Gruppen wie z.B. der Interventionistischen Linken (IL) gemacht? Das gilt gleichermaßen für die jetzt erfolgte Verlängerung der Nutzungsvereinbarung für den Standort an der Luxemburger Strasse bis 31.12.2023 und die Nutzung am Nachfolgestandort. Die Landesregierung hat in diversen öffentlichen Dokumenten festgestellt, dass das Autonome Zentrum durch verschiedene linksextreme Gruppen genutzt wird.*
- 4. In der Vorlage wird darüber geschrieben, dass die Anpassung des Standorts in Kalk an die Bedürfnisse des Autonomen Zentrums durch das Zentrum zum Teil in Eigenleistung erfolgen soll. Das heißt aber auch, dass der Steuerzahler gewisse Leistungen übernehmen soll. Wir bitten hier um eine Konkretisierung und eine Kostenabschätzung der jeweiligen Arbeiten, die der Steuerzahler bzw. das Autonome Zentrum tragen soll.*
- 5. Bezüglich des Verhandlungsklimas zwischen Verwaltung und dem Autonomen Zentrum möchte Herr Cremer wissen, in welchem Umfang es zu Bedrohungen durch Vertreter des Autonomen Zentrums bzw. aus dessen Unterstützerumfeld (Organisierte Gruppen aber auch Einzelpersonen) gegen Vertreter der Verwaltung bzw. politische Vertreter und Repräsentanten der Stadt gekommen ist.*

Die Nachfragen werden schriftlich beantwortet.

Der Hauptausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

Antwort der Verwaltung zu TOP 2.1.5 zur Niederschrift:

*Zu 1.: Es ist vorgesehen, dass die gewerbetreibenden Mieter*innen durch die Köln-*

Business Wirtschaftsförderungs-GmbH bei der Findung von Ersatzstandorten unterstützt werden.

Zu 2.: Die Stadtverwaltung Köln verhandelt konkret den genannten Standort.

Zu 3.: Die Vorgaben zur Nutzung werden mit den Vertragsbedingungen ausgearbeitet.

Zu 4.: Angaben zu etwaigen Kosten einer Instandsetzung werden bei Konkretisierung des Vorhabens den entsprechenden Gremien zur Entscheidung vorgelegt.

*Zu 5.: Die konkreten Verhandlungen zwischen Vertreter*innen des Autonomen Zentrums und der Stadtverwaltung verliefen zuweilen in der Sache sehr komplex, aber in einer konstruktiven Atmosphäre. In keiner Weise ist es während der Verhandlungen zu Bedrohungen der Verhandlungsführenden gekommen.*

2.1.6 Liste der Großbauprojekte 3165/2022

Auf Nachfrage von Herrn Joisten erklärt Herr Beigeordneter Greitemann die in der Liste enthaltene Spalte „Baubeschluss“ und die Unterscheidung zu einem Planungsbeschluss. Bezüglich der fehlenden Angaben in der Spalte „Baubudget“ weist Herr Beigeordneter Greitemann auf die Projekte hin, zu denen Machbarkeitsstudien durchgeführt wurden. In diesen seien prognostizierte Baubudgets hinterlegt. Zudem erläutert er die Spalte „personalisiert“. Wenn dort ein „ja“ eingetragen sei, bedeutet dies, dass die Verwaltung solche Projekte bereits einer Person oder Gruppe federführend zugeordnet habe.

Herr Beigeordneter Greitemann sagt eine Prüfung über die Übermittlung der Liste in Excel-Format zu.

Herr Kockerbeck bittet um Erläuterung des Risikozuschlages. In früheren Beschlüssen seien zuletzt häufig 25 Prozent angegeben worden. In der vorliegenden Vorlage stehe nun jedoch 10 Prozent. Er regt diesbezüglich ein Fachgespräch zwischen dem Bauausschuss und dem Rechnungsprüfungsausschuss an. Die Nachfrage wird schriftlich beantwortet.

Frau Oberbürgermeisterin Reker weist darauf hin, dass die Liste der Politik einen Überblick über die laufenden Bauprojekte ermöglichen solle. Nun obliege das weitere Vorgehen in Bezug auf diese Liste der Politik.

Herr Sterck fragt nach, weshalb die Projekte Ostasiatisches Museum und Umgestaltung der Neusser und Niehler Straße in der Liste nicht aufgeführt seien. Herr Greitemann erklärt, dass die Liste nur Projekte enthalte, für die mit Stand 31.08.2022 ein Volumen von über 10 Millionen Euro prognostiziert seien. Er sagt eine Prüfung der genannten Projekte zu.

Auf Nachfrage von Herrn Cremer erläutert Frau Oberbürgermeisterin Reker, dass es sich bei der Liste um eine lebendige Liste handle. Es sei jedoch noch nicht entschieden, in welchem Zyklus die Verwaltung Aktualisierungen veröffentlichen werde.

Herr Zimmermann wirft die Frage auf, ob die große Zahl an Projekten überhaupt leistbar und umsetzbar sei oder ob zwingend eine Priorisierung bzw. die Streichung von Projekten notwendig sei. Er wünsche sich hierzu auch eine Positionierung der Verwaltung.

Der Hauptausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis. Sie soll in der nächsten Sitzung erneut behandelt werden.

Die Mitteilung soll zudem folgenden Ausschüssen:

- Ausschuss Klima, Umwelt und Grün
- Ausschuss Kunst und Kultur
- Ausschuss Schule und Weiterbildung
- Ausschuss für Soziales, Seniorinnen und Senioren
- Bauausschuss
- Finanzausschuss
- Gesundheitsausschuss
- Liegenschaftsausschuss
- Rechnungsprüfungsausschuss
- Stadtentwicklungsausschuss
- Verkehrsausschuss
- und allen Bezirksvertretungen zur Kenntnis gegeben werden.

Frau Oberbürgermeisterin Reker lässt über die Verweisung der Mitteilung in die genannten Ausschüsse und die Bezirksvertretungen abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Antworten der Verwaltung zu TOP 2.1.6 zur Niederschrift:

Beantwortung der Nachfrage von RM Joisten:

Die Liste der Großbauprojekte kann auf Wunsch durch die Gebäudewirtschaft der Stadt Köln den baupolitischen Sprechern der Fraktionen im Excel-Format zur Verfügung gestellt werden.

Beantwortung der Nachfrage von RM Kockerbeck:

Die tatsächlichen Risikozuschläge sind unter Anmerkung 1 (aktuell beschlossenes Baubudget) vermerkt und sind vom Einzelfall abhängig. In Anmerkung 5 wird grundsätzlich erklärt, dass eine Kostenfortschreibung gemäß den rechtlichen Vorgaben erst dann erforderlich wird, wenn die Kostenprognose mindestens 10 Prozent über den genehmigten Kosten liegt.

Beantwortung der Nachfrage von RM Sterck:

Für das Museum für Ostasiatische Kunst (MOK) ist zunächst eine Projektentwicklung vorgesehen, die Auskunft über Art und Umfang der notwendigen Sanierungsmaßnahmen und deren Kosten treffen soll. Bis dahin entspricht das MOK also nicht den Vorgaben der Liste der Großbauprojekte.

2.2 Mitteilungen zu gleichstellungsrelevanten Themen

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nichts vor.

3 Anfragen (§ 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen)

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nichts vor.

4 Anträge (§ 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen)

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nichts vor.

5 Dringlichkeitsentscheidungen

5.1 Fortführung der Trägerschaft für das Kompetenzzentrum Frau und Beruf Region Köln in der Zeit vom 01.11.2022 bis zum 30.11.2023 2925/2022

Herr Cremer fragt, welchen Bereichen die betroffenen kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) zuzuordnen sind, auf die das Kompetenzzentrum insbesondere abzielt und wie hoch die Gesamtzahl der KMU im Einzugsbereich des Projektes sei. Die Nachfrage wird schriftlich beantwortet.

Frau Gabrysch äußert sich kritisch zu einer Aussage von Herrn Cremer.

Beschluss:

Der Hauptausschuss beschließt, vorbehaltlich einer Förderung durch das Land NRW, die Fortführung des „Kompetenzzentrums Frau und Beruf Region Köln“ unter der Trägerschaft der Stadt Köln für den Zeitraum 01.11.2022 bis 30.11.2023. Die Finanzierung erfolgt aus Landesmitteln sowie aus Eigenmitteln der Stadt Köln und des Kooperationspartners Oberbergischer Kreis. Das Kompetenzzentrum wird weiterhin für die Arbeitsmarktregion Köln tätig werden.

Der Hauptausschuss beschließt, die erforderlichen personellen und finanziellen Ressourcen für die Dauer der Fördermaßnahme bereitzustellen. Nähere Ausführungen hierzu sind in der Begründung aufgeführt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Antworten der Verwaltung zu TOP 5.1 zur Niederschrift:

Die Tätigkeit des Kompetenzzentrums Frau und Beruf bezieht sich auf die gesamte Region Köln und bietet Unterstützung für kleinere und mittlere Unternehmen, um ihre Wettbewerbsfähigkeit zu stärken. Ziel ist hierbei die Fachkräftesicherung über Förderung von Frauen. Die Tätigkeit ist somit nicht auf bestimmte Bereiche/Branchen beschränkt.

Zur Definition der KMU ist einziges Kriterium die Anzahl der Beschäftigten und die Wirtschaftszahlen nach der EU-Empfehlung 2003/361 der Europäischen Kommission definiert. Danach zählt ein Unternehmen zu den KMU, wenn es nicht mehr als 249

Beschäftigte hat und einen Jahresumsatz von höchstens 50 Millionen € erwirtschaftet oder eine Bilanzsumme von maximal 43 Millionen € aufweist.

Laut dem statistischen Unternehmensregister des Statistischen Landesamtes (IT.NRW –aktueller Stand 30.09.2021) gab es in Köln im Jahr 2020 insgesamt 58.394 Unternehmen. Hierbei nehmen aber die Mikrounternehmen (weniger als 10 Beschäftigte) mit 50.670 einen dominierenden statistischen Anteil ein.

Wie bereits ausgeführt, fokussiert sich das Kompetenzzentrum Frau und Beruf besonders auf die Sensibilisierung von kleinen und mittleren Unternehmen. Diese Anzahl beläuft sich auf 7.354, so dass mit den in der Vorlage genannten 770 KMUs rund 10,5 % von allen erreicht werden konnten.

Die statistische Verteilung in den Jahren 2018 bis 2020 im Einzelnen:

Betriebe am Arbeitsort Köln 2018 bis 2020

Unternehmensregister	2018	2019	2020
Betriebe (Gesamt)	60 468	61 988	58 394
0 bis 9 SVP-Beschäftigte	53 592	54 096	50 670
10 bis 49 SVP-Beschäftigte	5 219	6 074	5 953
50 bis 249 SVP-Beschäftigte	1 315	1 453	1 401
Quelle: Landesbetrieb Information und Technik Nordrhein-Westfalen (Unternehmensregister) Stadt Köln - Amt für Stadtentwicklung und Statistik (Eigene Berechnungen)			
Datum des Registerstands:			
30.09.2019 (Beschäftigte Bezugsjahr 2018)			
30.09.2020 (Beschäftigte Bezugsjahr 2019)			
30.09.2021 (Beschäftigte Bezugsjahr 2020)			

6 Allgemeine Vorlagen

6.1 Ergänzung der Niederschrift zur Sitzung des Hauptausschusses am 15.11.2021 3132/2022

Beschluss:

Der Hauptausschuss beschließt, in die Niederschrift der Sitzung des Hauptausschusses vom 15.11.2021 zu TOP 4.1 folgenden Hinweis aufzunehmen:

Die Niederschrift der Sitzung der Bezirksvertretung Chorweiler vom 04.11.2021 wurde korrigiert. Zum mündlich eingebrachten Dringlichkeitsantrag der Fraktion Die Linke und Lilo Heinrichs zum Thema Kreuzfeld wurde eine Entscheidung in der Sache getroffen; siehe hierzu die Mitteilung [2917/2022](#).

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

7 Mündliche Anfragen

Frau Gabrysch fragt, wann die erste Sitzung des durch Ratsbeschluss gebildeten Unterausschusses Regionale Zusammenarbeit stattfinden werde.

Die mündliche Anfrage wird schriftlich beantwortet.

Gez. Henriette Reker
Oberbürgermeisterin

Gez. Giulia Piszczan
Schriftführerin